****

**Positionspapier zur Bundestagswahl 2025**

**Forderungen des Vorstandes des GD Holz e.V.**

**zur Stärkung des Holzhandels als mittelständische Branche**

1. **Sicherstellung nachhaltiger Versorgung mit Holz, Lieferketten stärken**
	* Europäische Entwaldungsrichtlinie EUDR deutlich entschärfen, effiziente Dokumentenanforderungen, keine Prüfnummern-Weitergabepflicht innerhalb des EU-Binnenmarktes, einheitliche EU-weite Durchsetzung.
	* Keine Stilllegung von Waldbewirtschaftung ohne Ausgleichsmaßnahmen (Aufforstung).
	* Forstbetriebe bei der Wiederaufforstung unterstützen.
	* Kaskadennutzung (stoffliche vor energetischer Nutzung), Förderung der Holzverbrennung nur, wenn es nicht anderweitig verwendet werden kann.
2. **Aktive Handelspolitik, Freihandel fördern**
	* Förderung von internationalen Handelsabkommen, um freien Handel zu stärken.
	* Abbau von Handelshemmnissen (Zölle, Kontingente, etc.) - Anti-Dumpingverfahren sind kritisch zu sehen, weil sie zu Marktversagen durch Oligopole in der EU beitragen.
	* Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) wesentlich vereinfachen, Kaskadeneffekte für KMU ausschließen und geplantes Strafmaß verringern.
	* Deutsches Lieferkettengesetz (und entsprechende EU-Richtlinie CSRD) wesentlich vereinfachen, Kaskadeneffekte für KMU ausschließen und Strafmaß verringern.
	* Einfuhrumsatzsteuer-Regelungen für innergemeinschaftlichen Warenverkehr (Dreiecksgeschäfte) und für Import (EU-Freihäfen) vereinfachen.
3. **Absatz von Holz forcieren, Holzbauten und Holzmöbel binden CO2**
	* Holzbau fördern, bestehende Initiativen des Bundesbauministeriums und der Landesregierungen stärken.
	* CO2-Speicher-Leistung von Holz finanziell honorieren (Bayerisches Modell: 500 €/t BayFHolz). Wald entzieht der Atmosphäre CO2, aber erst durch die Nutzung von Holz werden Holzprodukte (Holzhausbau/Holzmöbel) zu langfristigen Kohlenstoffspeichern.
	* Einfach zu beantragende KfW-Mittel wieder einführen und langfristig im Haushalt durchfinanzieren, um den Wohnungsbau zu stärken.
	* Größere Vorteile für Holzprodukte im QNG gegenüber Ziegel und Beton darstellen.
	* Ordnungsrechtliche Hemmnisse in den Landesbauordnungen reduzieren und holz-freundlicher gestalten.
	* Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen, Gebäudetyp E weiterentwickeln.
	* Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchgebühren senken, Maklerprovision trägt Beauftragender, damit Wohneigentum finanzierbar bleibt.
	* Baulandmobilisierung nach §13b BauGB
4. **Sozialpolitik: Hohe Lohnnebenkosten reduzieren, Anreize zum Arbeiten schaffen**
	* Das Rentensystem auf ein einheitliches System fokussieren (auch Beamte und Selbstständige integrieren) und eine Flexibilisierung des Renteneintritts zwischen 60 und 70 Jahren mit versicherungsmathematisch neutralen Rentenzu- bzw. -abschlägen.
	* Krankenkassen vereinheitlichen, eine gesetzliche Krankenkasse für alle, Zusatzversicherungen privat, sozial abgefederte Selbstbeteiligung.
	* Arbeitslosengeld im Zeitverlauf abschmelzen, um zur Wiederaufnahme von Arbeit zu motivieren, Bürgergeld reduzieren.
	* Lohnfortzahlung bei Krankheit für die ersten Tage spürbar reduzieren. (Wenn sich dadurch Arbeitnehmer im Schnitt 1 Tag weniger krank melden: +0,1% BIP-Steigerung)
	* Kündigungsschutz modifizieren insbesondere bei vielen Fehlzeiten / Abmahnungen, stattdessen pro Beschäftigungsjahr Recht auf eine kalkulierbare Abfindung.
	* Elternzeit regulatorisch vereinfachen und reduzieren, keine Familienstartzeit
	* (Nicht-bundeseinheitliche) Feiertage überdenken und reduzieren (+0,1% BIP pro Tag)
5. **Wichtig zur Unternehmensentlastung und Bürokratieabbau**
	* Energieaudit-Anforderungen deutlich vereinfachen (Limits in EDL-G §8 höher)
	* Gesetzesvorhaben wie Tariftreuegesetz, Entgelttransparenzgesetz, Beschäftigungsdatengesetz entschärfen bzw. nicht umsetzen.
	* Arbeitsschutzgesetz zeitgemäß vereinfachen (Arbeitszeiterfassungspflicht, zu detaillierte Pausenregelungen, Home-Office etc.)
	* Rundfunkbeitrag für LKW&PKW-Flotte von Unternehmen abschaffen.
	* Solidaritätszuschlag abschaffen, da Zweckbindung entfallen ist - auch für Glaubwürdigkeit in der Steuergesetzgebung.
	* Erbschaftssteuersätze für Kinder reduzieren und Freibeträge erhöhen, damit sich überdurchschnittlicher Arbeitseinsatz, Investieren und Sparen mehr lohnt.
	* CO2-Emissionszertifikatehandel fördern, dafür CO2-Grenzwerte für Gebäudeenergie, Herstellerflotten, etc. erleichtern.
	* Weniger klimaschädliche Subventionen und Einzelfirmenförderung (Intel, Northvolt).
	* Strompreise für alle von Belastungen befreien (Stromsteuer auf EU-Minimum senken, Netzentgelte halbieren).
	* Beantragungsverfahren für Mautrückerstattung vereinfachen, höhere Kostenerstattung für Investitionen der Firmen in Sicherheit und Klimaschutz der LKW-Flotte.
	* GEMA-Gebühren für Unternehmen transparenter gestalten und reduzieren.
	* Künstlersozialkassenbeiträge sollten direkt von „Kunstschaffenden“ auf der Rechnung ausgewiesen werden.
	* Elektronische Krankmeldung von Krankenkasse automatisch an Arbeitgeber schicken.
	* Jährliches Bürokratie-Entlastungsgesetz und vereinfachte Steuergesetzgebung mit Fokus auf den Mittelstand.

Berlin im Dezember 2024

gez. Maximilian Habisreutinger
Vorstandsvorsitzender GD Holz für den gesamten Vorstand